

Kommunen brauchen die 500-Millionen-Steuer

Schluss mit leeren Kassen

> Karo Otte

Wir dürfen unsere Kommunen nicht länger kaputtsparen. Wenn kein Geld für Gestaltung übrigbleibt, wenn trotz Klimakrise die Buslinie gestrichen und trotz antidemokratischer Angriffe das Bürgerhaus nicht saniert wird, dann steht unsere Demokratie vor Ort auf dem Spiel.

Als Grüne haben wir einen Plan für unsere Kommunen. Wir wollen sofort Mittel in die Städte, Kreise und Gemeinden umverteilen, um das historische Defizit zu schließen, und wir präsentieren Vorschläge, um Sozialleistungen spürbar zu entbürokratisieren. So lassen sich etwa Schnittstellen und Nachweispflichten von Leistungsempfänger*innen gezielt reduzieren, sodass am Ende auch die Kommunen profitieren. Doch die Bundesregierung setzt plumpe Kürzungsvorschläge auf die Agenda. Statt gezielter Maßnahmen setzt sie den Rotstift an: Beim Wohngeld oder dem Unterhaltsvorschuss – in Krankenhäusern oder in Kitas. Die Vorhaben der Bundesregierung ignorieren, was ein Sozialarbeiter, eine Pflegerin oder Alleinerziehende täglich leisten. Hier müssen wir jetzt den Riegel verschieben – im Bundesrat Widerstand leisten und echte Alternativen für unser Sozialsystem durchsetzen.

Und so wichtig kluge Lösungen vor Ort sind – Kommunen brauchen noch mehr für einen echten Befreiungsschlag. Dafür müssen wir mit einem hartnäckigen Märchen aufräumen, das die SPD und die Union nur allzu gern erzählen: Angeblich gäbe es kein Geld und der eingeschlagene Sparkurs sei damit alternativlos.

Doch als Grüne Bundestagsfraktion halten wir dagegen – jetzt auch mit der 500-Millionen-Euro-Steuer. Mit dieser nehmen wir nämlich die Extremvermögen in den Blick und sorgen für eine faire Beteiligung der größten Vermögen von jährlich grob zwei Prozent. Denn wäh-

rend unsere Kommunen seit 2020 in ein Defizit von unbekanntem Ausmaß geschlittert sind, hat sich das Gesamtvermögen der deutschen Milliardäre in diesem Zeitraum um mindestens 70 Prozent gesteigert! Hier setzt unsere Steuer an und schöpft einen Teil der Vermögenszuwächse ab.

Vor Ort wird sichtbar wie extreme Ungleichheit unsere Gesellschaft spaltet und unsere wirtschaftliche Basis zerstört. Ein Sanierungsstau bei Schulen und Energienetzen gefährdet unseren Wohlstand auf Jahrzehnte. Wirtschaftsexperten rechnen mit erheblichen Waschtumseinbußen durch das kommunale Defizit.

Deshalb ist die 500-Millionen-Steuer ein zentraler Teil einer echten Lösung für unsere Kommunen. Für ein ähnliches Konzept zeigt eine aktuelle Berechnung des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft: Allein für eine Stadt wie Halle (Saale) würde eine solche Abgabe jährlich 68 Millionen Euro Einnahmen bedeuten. Damit sich wirklich etwas dreht für die Kommunen, braucht es Reformen und Vereinfachungen. Doch damit all die Lösungsansätze ausreichend sind, braucht es endlich eine gerechtere Steuerpolitik. Wir können nicht länger Extremvermögen und ihre Gewinne außen vor lassen, wenn es darum geht, unser Gemeinwesen zu finanzieren. Wir müssen umverteilen – besonders in die Kommunen. Es braucht jetzt eine 500-Millionen-Euro Steuer!

> Karoline Otte MdB ist seit 2021 Mitglied der Grünen Bundestagsfraktion und dort unter anderem für Kommunalpolitik zuständig.



Foto: Florian Semmler